

CSU-Fraktion im Bezirksausschuss 7

Sendling-Westpark



München, 28.08.2026

Ganzheitliches Konzept zur Eindämmung von E-Scooter-Gefahren auf Gehwegen – Vollzugsdefizite abbauen, rechtliche Spielräume von KVÜ konsequent nutzen.

Antrag:

„Die Kommunale Verkehrsüberwachung (KVÜ) wird angewiesen, im Stadtbezirk 7 engmaschige und regelmäßige Schwerpunktkontrollen des ruhenden Verkehrs bezüglich ordnungswidrig abgestellter Elektrokleinstfahrzeuge (§ 11 Abs. 5 eKFV i. V. m. § 12 StVO) durchzuführen und festgestellte Verstöße konsequent zu ahnden.“

Begründung:

Die bisherigen Initiativen des BA 7 zur Vermeidung von Gefahren durch wild abgestellte E-Scooter, vor allem auf Gehwegen, soll durch ein ganzheitliches Konzept effektiv umgesetzt werden.

Das rücksichtslose Abstellen von Miet-E-Scootern auf den Gehwegen in Sendling-Westpark hat ein Ausmaß angenommen, das die Mobilität und Sicherheit der schwächsten Verkehrsteilnehmer täglich massiv gefährdet.

Besonders betroffen sind:

- **Blinde und sehbehinderte Mitbürger:** Querstehende oder flach auf dem Boden liegende E-Scooter können mit dem Blindenlangstock kaum rechtzeitig oder verlässlich geortet werden. Dies führt regelmäßig zu schweren Stürzen und Verletzungen.
- **Menschen mit Gehbehinderung, Rollstuhl oder Rollator sowie Eltern mit Kinderwagen:** Sie werden an Engstellen blockiert und oft gezwungen, unter erheblicher Eigengefährdung auf die Fahrbahn auszuweichen.

Die derzeitige Praxis zeigt ein erhebliches **Vollzugsdefizit**. Rechtliche Grundlagen zur Ahndung sind über § 11 Abs. 5 eKFV ausreichend vorhanden, werden in den Außenbezirken jedoch kaum exekutiert.

Alfred Nagel, Sprecher der CSU im BA 7

Initiative: Max Brem, Beauftragter für
Inklusion im BA 7

